

Kommentar

Investitionsförderung-Ost: Grundlegende Reformen wagen!

Im Laufe des nächsten Jahres wird zu entscheiden sein, wie die Investitionsförderung in den neuen Bundesländern künftig ausgestaltet werden soll. Die Investitionszulagenregelungen sind bis Ende des Jahres 2004 befristet, und auch bei der Förderung nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ergibt sich Anpassungsbedarf, weil im Zuge des Beitritts strukturschwacher mittel- und osteuropäischer Staaten zur EU die Fördermöglichkeiten in den bisherigen Mitgliedsstaaten eingeschränkt werden müssen. Die ostdeutschen Bundesländer haben sich bereits positioniert, sie fordern die ungeschmälerete Beibehaltung der derzeitigen Förderkulisse – und sind damit auf offene Ohren gestoßen: Die Bundesregierung hat zugesagt, „gleichwertige Nachfolgeregelungen“ für die bisherigen Förderinstrumente zu finden.

Von Seiten der Wissenschaft wird hingegen insbesondere die Investitionszulage immer wieder kritisiert. Zwar wird inzwischen auch bei diesem Förderinstrument nach verschiedenen Kriterien (Wirtschaftszweig, Region, Betriebsgröße, Art der Investition) differenziert; gleichwohl erfolgt die Förderung immer noch nach dem „Gießkannenprinzip“, weil auf die Gewährung der Zulage ein Rechtsanspruch besteht. Dies hat zur Folge, dass weder danach differenziert wird, ob die geförderten Unternehmen tatsächlich unter den zur Begründung herangezogenen Standortdefiziten (Eigenkapitalschwäche, schlechte Infrastrukturausstattung) leiden, noch danach, ob es sich bei den geförderten Vorhaben um aussichtsreiche Projekte handelt. Und die Tatsache, dass auch 12 Jahre nach der deutschen Vereinigung noch immer in solch hohem Umfang subventioniert wird, lässt befürchten, dass in vielen Fällen Gewöhnungseffekte eingetreten sind – die Anreizwirkung der Hilfen mit Bezug auf zusätzliche Investitionen also eher niedrig einzuschätzen ist.

Wenn die ostdeutschen Bundesländer trotz dieser Bedenken und trotz fehlender Wirkungsanalysen an der Investitionszulage festhalten wollen, so liegt dies vor allem daran, dass sie – weil ein Instrument der steuerlichen Förderung und damit unmittelbar finanzausgleichsrelevant – letztlich primär die westdeutschen Länder und den Bund finanziell belastet. So verständlich die Haltung der ostdeutschen Länder daher ist, es passt nicht zu dem auch von ihnen für richtig befundenen Ziel größerer regionaler Eigenständigkeit. Und mit Blick auf die angespannten Haushaltslage des Bundes ist es geradezu befremdlich, dass nunmehr auch die Bundesregierung bereit zu sein scheint, dieses Instrument über das Jahr 2004 hinaus beizubehalten.

Dies alles heißt natürlich nicht, dass auf Subventionen in Ostdeutschland bereits gänzlich verzichtet werden könnte. Auch künftig muss es in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation in den neuen Ländern möglich sein, regionalpolitisch relevante Investitionsvorhaben besonders zu fördern, und zwar in dem Sinne, Investoren dann zu „belohnen“, wenn sie trotz gegenwärtig vorteilhafterer Alternativen bereit sind, sich hier zu engagieren. Hierfür stellen die Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wegen der Möglichkeit, Einzelfallentscheidungen vornehmen zu können, das geeignete Instrument dar. Im Umkehrschluss folgt daraus aber auch, dass die fast schon exzessive Förderung bereits in den neuen Ländern ansässiger Unternehmen zum Ende gebracht werden muss, und auch, dass solche Unternehmen nicht länger gefördert werden, für deren Standortwahl die noch bestehenden Standortdefizite unerheblich sind (wie z. B. Zuliefererbetriebe für „industrielle Kerne“ in den neuen Ländern oder Unternehmen, die den regionalen Markt beliefern wollen). Dies setzt ein Umdenken bei den politisch Verantwortlichen voraus, denn es muss die vielfach vorherrschende Vorstellung überwunden werden, Wirtschaftspolitik und Förderpolitik seien das Gleiche.

Gelingt es dann noch, der Standortpolitik die Priorität beim Aufbau Ost zu geben und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass in ganz Deutschland mehr wirtschaftliche Dynamik entsteht, dann ist nicht zu befürchten, dass sich eine solche Reform der Förderung nachteilig auf den Aufbauprozess Ostdeutschlands auswirken wird.

Joachim.Ragnitz@iwH-halle.de